

16. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 16. April 1958

258/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K a n d u t s c h, Dr. G r e d l e r und Genossen an die Bundesregierung,
betreffend die Durchführung von Sofortmassnahmen zur Rettung der Mühlenwirtschaft.

---.---.---

Die österreichische Mühlenwirtschaft befindet sich schon seit Jahren in einer stets zunehmenden Krise. Zur Beilegung dieser Krise und zur Ordnung des Mühlenproblems wurde auch ein Initiativantrag im Parlament eingebracht, aber bis heute leider nicht behandelt. Dieser Vorschlag für eine Bereinigung der unhaltbaren Lage unserer Mühlenwirtschaft lehnt sich an das Beispiel an, das insbesondere die Schweiz gibt, wo durch eine Begrenzung der Vermahlungsmenge der Betriebe erreicht wurde, dass die Mühlen ihr Hauptaugenmerk auf gute Mehlgüten und auf eine Rationalisierung der Betriebe legen können.

Der Substanzverzehr der österreichischen Mühlenwirtschaft hat so weit geführt, dass im vergangenen Jahre eine Anzahl von Grossbetrieben neben Hunderten von Kleinbetrieben wirtschaftlich zusammengebrochen sind. Sehr viele Mühlen leben gerade noch von heute auf morgen und steuern dem gleichen Schicksal zu.

Es muss als geradezu unverantwortlich bezeichnet werden, dass trotz dieser offen zutage liegenden Verhältnisse und der jahrelang von den Vertretern der Mühlen erbetenen Abhilfe bis heute nichts geschehen ist, um der Vernichtung wertvollen Volksvermögens, das in den Mühlen investiert ist, Einhalt zu tun. Es gewinnt sogar den Anschein, dass man gegenwärtig zwar nicht daran denkt, den Mühlen wirklich zu helfen, aber einen fröhlichen Parteienstreit unter Ausschrotung des Mühlenproblems vom Zaun bricht.

Der Ministerrat hat am 11. März ein Ministerkomitee mit der Aufgabe betraut, die Mühlenfrage nun einer positiven Lösung zuzuführen. Wie dann bekannt wurde, ist jedoch ^{schon} die erste Sitzung dieses Ausschusses bzw. seines Unterausschusses völlig ergebnislos verlaufen. Die Mühlen gehen jedoch weiter zugrunde, die Betriebe sind

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 16. April 1958

ausserstande, Mittel für Rationalisierungen aufzubringen, als Träger der Einkommensteuer sind sie schon lange ausgefallen.

So darf nicht mehr weiter gewirtschaftet werden, da es für einen neutralen und unabhängigen Staat unerlässlich notwendig ist, über eine leistungsfähige, nach Art der Schweizer Verhältnisse gut über das Land zerstreute Mühlenwirtschaft zu verfügen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in der schon mehr als überfälligen Mühlenfrage endlich zu Lösungen zu gelangen, durch die die österreichische Mühlenwirtschaft in ihrer Existenz gesichert und wieder zu einem brauchbaren Steuerobjekt gemacht wird?

-.-.-.-.-.-